

II-797/ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

GZ. 11 0502/266-Pr.2/92

1010 WIEN, DEN 3. Dezember 1992
HIMMELPFORTGASSE 8
TELEFON (0222) 51 433

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

3543 IAB
1992 -12- 07
zu 3555 IJ

Parlament
1017 Wien

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Hermann Böhacker und Genossen vom 9. Oktober 1992, Nr. 3555/J, betreffend Wohnbaugenossenschaft, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Mit Bundesverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1987, BGBl.Nr. 640/1987, wurde u.a. die Kompetenz zur gesetzlichen Festlegung der Rahmenbedingungen für die Gewährung von Wohnbauförderungsmitteln den Ländern übertragen. Da es sich somit bei dieser Frage um keine Angelegenheit der Vollziehung des Bundes handelt, er-suche ich um Verständnis dafür, daß ich zu diesem Punkt der Anfrage nicht Stellung nehmen kann.

Zu 2. bis 5.:

Im Bundesministerium für Finanzen wurden diesbezüglich erste Überlegungen über eine mögliche Novellierung der bezughabenden Steuergesetze angestellt. Konkrete Aussagen über die tatsächliche weitere Vorgangsweise können zum jetzigen Zeit-punkt aber noch nicht getroffen werden.

Beilage



BEILAGE

A n f r a g e :

1. In letzter Zeit war zu hören, daß Wohnbauvereinigungen, welche Gelder "horten" würden, in Zukunft mit der Streichung von Fördermitteln zu rechnen hätten. Können Sie darüber Auskunft geben
 - a) wann dies erfolgen soll?
 - b) auf welcher gesetzlichen Basis dies erfolgen soll?
 - c) ob es sich dabei um eine befristete Maßnahme handelt?
2. Der SPÖ-Wohnbausprecher Abg. Kurt Eder hat davon gesprochen, Wohnbauvereinigungen, welche Förderungsgelder anhäufen würden, mit steuerlichen Sanktionen zu "bestrafen". Gibt es in Ihrem Ministerium dafür bereits entsprechende Vorstellungen?
3. Welche steuerlichen Sanktionen sind hier vorgesehen?
4. Wann sollen diese steuerlichen Sanktionen eingeführt werden?
5. Wie lautet dafür die gesetzliche Basis?